Morgen-Ausgabe
No. 537. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Sonnabend, 14. November 1908

Deutscher Reichstag.

161. Sitzung vom 13. November.

(Schluß.)

Wirtschaftliche Krisis und Arbeitslosigkeit.

Abg. **Molkenbuhr** (soz.):

In früheren Jahren standen wir mit diesen Interpellationen immer allein. Es gehörte das jedenfalls zu unserer bekannten negativen Tätigkeit, daß wir solche Anträge stellten. (Sehr gut!) Auch wie in anderen sozialpolitischen Sachen, haben wir auch hierin das Zentrum vorwärts gedrängt. Die Arbeitslosigkeit ist eine Folge der Wirtschaftskrisen, die wiederkehren wie das Mädchen aus der Fremde, früher, nach einem Jahrzehnt, jetzt häufiger trotz der „Regelung der Produktion" durch Kartelle und Syndikate.

Die Krisis ist doch nicht plötzlich aufgetreten; muß die Regierung immer erst sich schieben lassen? Mußte sie erst die Interpellation abwarten? Seit dem Juni weist jede Nummer des Reichsarbeitsblattes auf die andauernd ungenügende Beschäftigung in der Bauwollindustrie hin.

Die Statistik der Krankenkassen ergibt eine um 400,000 Mark höhere Arbeitslosenziffer als die normale, nicht eingerechnet die nicht der Zwangsversicherung unterstehenden Arbeiter. Die Fachverbände haben im dritten Quartal dieses Jahres gegenüber dem dritten Quartal des vorigen Jahres bei 1¼ Millionen Versicherten an Arbeitslosenversicherung gezahlt

1,622,000 Mark gegenüber 804,000 Mark.

Also die Summe hat sich genau verdoppelt. (Hört! hört!) Dabei ist das dritte Quartal für die Arbeitslosigkeit noch lange nicht das ungünstigste.

Früher hat die Regierung wenigstens theoretisches Interesse an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gezeigt; in einer Zeit sozialer Anwandlungen hat sie 1895 Arbeitslosenzählungen vorgenommen und 1902 das Reichsstatistische Amt mit Erhebungen über den Umfang und den Ausbau der Arbeitslosenversicherung beauftragt. Darüber ist uns 1906 eine Denkschrift von nicht weniger als 1415 Seiten zugegangen. Die Arbeitslosenzählungen vom Jahre 1896 haben den klaren Beweis erbracht, daß

eine Arbeitslosenversicherung möglich

ist. Sie ergaben im Durchschnitt 167,000 Kranke und 366,000 Arbeitslose. Würde man jeden dieser Arbeiter für jeden arbeitslosen Tag 2 Mark geben, so würden 220 Millionen Mark ausreichen, um sie zu unterstützen. (Zurufe rechts: 200 Millionen!) Für Heer und Flotte sind Ihnen 500 bis 600 Millionen nicht zu viel! 200 Millionen erscheinen Ihnen nur dann als eine ungeheure Summe, wenn es sich um ihre Verwendung für Arbeiter handelt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Staat, Gemeinden und Reich hätten 73 Millionen Mark aufzubringen, das wäre etwa 50 Prozent mehr als für die Invalidenversicherung. Es handelt sich also um Summen, die sich sehr wohl aufbringen lassen.

Neben der Arbeitslosenversicherung sollte man auch den Arbeitsnachweis über ganz Deutschland organisieren. Das wirtschaftlich stärkste Volk wird auch das politisch stärkste Volk sein. Nicht für Kanonen — und Panzerschiffe, sondern zur Hebung der Gesundheit, zur Hebung der Erwerbsfähigkeit, zur Hebung der wirtschaftlichen Macht gebe man Geld aus, und man wird für die Zukunft des deutschen Volkes Großes geleistet haben. (Lebhafter Beifall der Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg**:

Ich kann Ihnen zu meinem Bedauern keine näheren Mitteilungen über das große Unglück auf der Zeche Radbod machen. (Hört, hört!) Der Chef der preußischen Bergverwaltung, der Handelsminister und der Oberbergbauinspektor haben sich sofort an Ort und Stelle begeben. Die Interpellationen, die der Reichstag an den Reichskanzler gerichtet hat, werden ja, wenn die Verhältnisse geklärt sein werden, auch hier im Reichstage Gelegenheit geben, weiter darüber zu sprechen. Aber ich habe die erste Gelegenheit, die sich mir nach dem Unglück bot, nicht vorübergehen lassen, um allen von dem großen Anteil Ausdruck zu geben, den die Reichsverwaltung mit dem Reichstag an den von der Katastrophe Betroffenen nimmt.

Nun zur Beantwortung der Interpellationen! Ich stelle mich mit dem Abg. Pieper auf den Standpunkt, daß gerade unsere gegenwärtige Wirtschaftskrise internationale Ursachen hat, daß sie beruht auf einer wirtschaftlichen Depression, die sich in allen Staaten geltend gemacht hat. Wir können bei uns in Deutschland froh sein, daß der Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so plötzlich und nicht so schroff eingetreten ist wie in vielen anderen Staaten.

Daß er nicht so plötzlich eingetreten ist, das sieht man, wenn man verfolgt, wie sich unsere Ausfuhr in dem laufenden Jahr entwickelt hat. Unsere Ausfuhr hat im vergangenen Jahre, wenn sie auch einen unerfreulichen Rückschritt zeigt, doch in sehr viel geringerem Maße nachgelassen als in anderen Ländern. Wenn man den Wert unserer Ausfuhr mit den der Ausfuhr in anderen Staaten vergleicht, so ergibt sich das Bild, daß unsere Ausfuhr nachgelassen hat um 1,4 Prozent, die Frankreichs um 5,9 Prozent, die Großbritanniens um 10,4 Prozent und die der Vereinigten Staaten um 8,9 Prozent. Nun gebe ich zu, daß diese Zahlen schon um deswillen kein völlig zutreffendes Bild ergeben, weil die Art der Wertberechnung nicht überall die gleiche ist. Es kommt weiter in Betracht, daß in vielen Ländern die Ausfuhr von Nahrungsmitteln, die mehr vom Stande der Weternte abhängt, einen großen Faktor spielt. Schalte ich die Nahrungsmittel und die Rohstoffe aus, so ergeben sich folgende Zahlen: Die Ausfuhr ist in Deutschland zurückgegangen um 3,2 Prozent, in Großbritannien um 12,1 Prozent (Hört! hört!), in Frankreich um 10,2 Prozent und in den Vereinigten Staaten um 8,4 Prozent.

Sind meine Nachforschungen richtig, so kann man nicht sagen, daß die Zahlen bei den Krankenkassen allgemein zurückgegangen sind. Jedenfalls hat sich eine Steigerung bei den Arbeiterinnen gezeigt, die ja allerdings im allgemeinen in Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht so stark betroffen werden wie die Arbeiter. Und auch im Verkauf der Invaliditätsversicherungsmarken scheint sich eine kleine Besserung anzubahnen. **Es ist sehr schwer zu sagen, ob sehr bald oder erst nach langer Zeit auf Umschwung zu rechnen ist.**

Ueber die Zahl unserer Arbeitslosen sind wir nicht genau informiert, und dieser Mangel hat den beiden Vorrednern Veranlassung gegeben, den Wunsch nach einer dauernden Arbeitslosenstatistik zu äußern. Nach den Mitteilungen der Arbeiterverbände, die an die Arbeitslosenstatistik des Reichsstatistischen Amtes angeschlossen sind, hatten sie Ende Juli dieses Jahres unter ihren 1,270,000 Mitgliedern 2,7 Prozent Arbeitslose. Gewiß keine erfreuliche Zahl, aber doch immerhin weniger als England, für das die Gewerkvereine für Ende Juli 8,2 Prozent, für Ende August 8,9 Prozent Arbeitslose angegeben haben, und wo nach Zeitungsnachrichten diese Zahlen in der letzten Zeit noch gestiegen sein sollen, besser als in Frankreich mit 8,3 und in Belgien mit 5,3 Prozent Arbeitslosen Ende August.

Ich wende mich nun zu den Vorschlägen der beiden Herren Vorredner betreffend die

Abhilfe der Arbeitslosigkeit.

Beide haben eine periodische Arbeitslosenzählung verlangt. Wir haben uns auf Grund von Anträgen aus der Mitte des Hauses in der vorjährigen Etatsdebatte ausführlich darüber unterhalten, daß wir in der Veranstaltung von Statistiken zu weit gehen und daß wir nur solche Statistiken ins Auge fassen wollen, welche wirklich brauchbare Werte schaffen. Ich will es heute noch nicht absolut aussprechen, aber ich kann mir gegenwärtig noch keine rechte Vorstellung davon machen, wie es möglich sein soll, eine Arbeitslosenstatistik nach solchen Merkmalen aufzustellen, die wirklich brauchbar ist.

Hingegen ist zuzugeben, daß die Arbeitslosenzählung die notwendige Grundlage für eine Arbeitslosenversicherung bilden müßte, die der Abg. Molkenbuhr für ein sofort erreichbares Ziel erklärt hat. Ich schließe mich der Auffassung des Abg. Pieper an, daß **die Frage der Arbeitslosenversicherung durchaus noch nicht reif** ist. **Ich glaube nicht,** daß diese Schwierigkeiten so überwunden werden können, **daß wir jemals zu einer Arbeitslosenversicherung auf Reichskosten kommen werden.** (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich spreche hier meine Ueberzeugung aus, ich habe eben nicht den Optimismus des Abgeordneten Molkenbuhr, der diese Frage heute schon reichsgesetzlich regeln will. (Abg. Bebedour ruft: Na, wenn nicht heut, dann wenigstens übermorgen! Abg. **Kreth:** Sehr gut exzogene Herren! Beifall rechts.) Die Frage kann gegenwärtig nicht gelöst werden, ich finde keinen Weg zu einer Reichsarbeitslosenversicherung. Bei einer Frage, die das Leben der Nation so nahe berührt, sollen wir uns nur auf diejenigen Gegenstände beschränken, die einer kompletten Lösung fähig sind.

Nun zu dem Punkte, der das Reich in seiner Kompetenz am nächsten betrifft. Das ist die Stellung, die das Reich in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber zur Frage der Arbeitslosigkeit einzunehmen hat. Ich habe mich mit den preußischen Ressorts in Verbindung gesetzt und auch andere Auskünfte darüber eingeholt. In den Reichsressorts haben Arbeiterentlassungen und Lohnverkürzungen nicht stattgefunden, und das gleiche ist mir von den preußischen Betrieben mitgeteilt worden. In der Heeresverwaltung sind die Belleidungsämter und technischen Institute voll beschäftigt; bei den technischen Instituten hat Mitte Oktober die Einstellung von 700 neuen Arbeitern erfolgen können. In der Marineverwaltung ist die Arbeiterzahl von rund 18,000 auf 20,000 gestiegen. (Hört, hört!)

Für die Inangriffnahme der im Etat für 1909 vorgesehenen Arbeiten werden die Anordnungen derart getroffen, daß unmittelbar nach Annahme des Etats eingesetzt werden kann.

Im einzelnen bemerke ich über die

Maßnahmen der einzelnen Verwaltungen

folgendes: Die Heeresverwaltung hat zur Linderung der Arbeitslosigkeit in der Maschinenindustrie Sonderaufträge gegeben und auch der Textilindustrie. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung hat Anordnung getroffen, daß während des Winters weitergearbeitet wird, soweit die Witterung es irgend zuläßt. Die Marineverwaltung hat angeordnet, die für 1908 angewiesenen Mittel während des Rechnungsjahres aufzubrauchen. Die preußische Eisenbahnverwaltung steigert ihre Bautätigkeit im hohen Umfange weiter.

Es gibt leider kein Spezialmittel, um gewerbliche Stockungen und die mit ihnen in der Folge verbundene Arbeitslosigkeit zu beseitigen und ihre schlimmen Wirkungen ganz zu heilen. Es gehört zu einer richtigen Politik, daß wir in erster Linie die Industrie und damit auch die Arbeiterschaft leistungsfähig erhalten. Unsere Wirtschaftspolitik ist bei der Behandlung des Außenmarktes durch den Abschluß von Handelsverträgen darauf gerichtet, und unsere Inlandspolitik hat mit Erfolg daran gearbeitet, den inneren Markt zu heben. Wenn wir an diesen Grundlagen unseres Wirtschaftslebens festhalten, dann wird es uns schließlich gelingen, die Wirkungen solcher Krisen abzuschwächen. (Beifall.)

Auf Antrag **Singer** (soz.) wird die

Besprechung der Interpellationen

beschlossen.

Abg. **Stresemann** (natl.):

Eine eigentliche allgemeine Wirtschaftskrisis besteht nicht. Bei der Landwirtschaft kann zum Beispiel von einem Ueberangebot von Arbeitskräften überhaupt nicht gesprochen werden. Im Gewerbebetrieb ist es allerdings anders, besonders in der Textilindustrie. In der Lausitz wird nur noch an vier Tagen in der Woche gearbeitet. Es ist ganz unrichtig, wenn behauptet wird, daß unsere Wirtschaftspolitik an der jetzigen Konjunktur schuld ist. Die erste Ursache kam bisher von Amerika, und gegenwärtig drückt auf unsere Textilindustrie das Ueberangebot von England, das seine Spindeln um viele Millionen vermehrt hat. Unser Inlandsmarkt ist der Anker, der uns vor den Stürmen des Weltmarktes bewahrt. Herr Molkenbuhr hat auch von den Kosten unserer starken Rüstung gesprochen. Er übersieht dabei, daß diese starke Rüstung uns den Frieden gesichert hat, und daß sie dadurch mittelbar uns auch Schutz gegen die Arbeitslosigkeit bringt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen und rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wir können daher jetzt nur den Bundesstaaten und Gemeinden raten, dem Vorbilde sozialer Fürsorge zu folgen, das das Reich gegeben hat, dann werden die Verhältnisse ihre Korrektur in sich selbst tragen und wir bald wieder zu normalen Zuständen gelangen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Carstens** (fr. Vp.):

Eine Garantie für absolute Stetigkeit der Arbeitsgelegenheiten werden wir nie haben. Daß wir gegenwärtig in einem Stadium umfangreicherer Arbeitslosigkeit sind, ist ja freilich richtig. Und da war ich etwas überrascht, von dem Staatssekretär zu hören, daß in der Fortschrittlichen Volkspartei noch Arbeiter fehlen. Es fragt sich nur, welche Löhne diese Verwaltung zahlt. (Rufe links: Sehr richtig!) Das steht für mich jedenfalls fest, daß unsere Wirtschaftspolitik, wenn sie auch die Krise nicht allein verschuldet, sie doch jedenfalls erheblich verschärft hat. Und namentlich sind durch Verteuerung von Kohle und Eisen die Daseinsbedingungen für unsere Industrie sehr verschlechtert worden. Dasselbe gilt von unserer Finanzwirtschaft. Wenn zum Beispiel jetzt wieder die Tabakindustrie durch die Zigarrenbandenrolensteuer in eine schlimme Lage versetzt wird, so ist außer Zweifel, daß dadurch die Arbeitslosigkeit wieder sehr verstärkt werden wird.

Abg. **Henning** (kons.):

Auch wir sprechen den Verunglückten auf der Zeche Radbod unser tiefstes Mitgefühl aus. Die Ausführungen des Staatssekretärs haben uns durchaus befriedigt.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.):

Zweifellos haben wir es mit einer internationalen Krisis zu tun. Die Verhältnisse in Amerika haben weltenlich dazu beigetragen, die Lage bei uns zu verschlechtern. Deutlich ist die internationale Krisis nicht die alleinige Ursache für die deutsche. Die Zahlen, die der Staatssekretär beigebracht hat, sind so gut wie wertlos. Für alle diejenigen, die ihre Arbeitszeit nicht völlig ausnutzen können, ist die Verteuerung der Lebensmittel durch unsere ganze Zollpolitik besonders nachhaltig. Durch

unsere Wirtschaftspolitik

sind die wirtschaftlichen und nationalen Gegensätze gegenüber anderen Völkern sehr verschärft worden. In England ärgert man sich, daß das wirtschaftlich hoch entwickelte Deutschland sich gegen die Einfuhr englischer Erzeugnisse absperrt, und daß durch einen Schleuderexport unlautere Konkurrenz gemacht wird.

Die Verhältnisse auf unserem Geldmarkt, die mit schuld sind an unserer Krisis, sind durch unsere Wirtschaftspolitik hervorgerufen worden. Die Arbeitslosenversicherung scheint wünschenswert, aber wir sind uns der Schwierigkeiten wohl bewußt, die ihrer Einführung entgegenstehen. Ich halte sie für zweckmäßig, aber sie setzt eine sehr weitgehende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter voraus.

Das Haus vertagt sich.

Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung und Petitionen.

Schluß gegen 6 Uhr.

Der Meineidsprozeß Vogel.

In dem Prozeß gegen den Sprechmeister der Bäckerinnung „Germania", Karl Vogel, wegen Meineids ist gestern ein Teil der vorgeladenen Zeugen vernommen worden. Unter anderem wurde auch der Obermeister der Bäckerinnung, Bäckermeister Milleville vernommen. Er bekundete, daß wiederholt Beschwerden wegen Bestechung gegen Vogel erhoben worden seien, diese seien von der Schlichtungskommission geprüft worden; aus den Innungsakten gehe hervor, daß Vogel wiederholt in den neunziger Jahren aus eigenem Antriebe Briefe eingeschickt habe, in denen ihm kleinere Geldbeträge von Gesellen zugesteckt worden waren. Der Innungsvorstand habe den Gesellen in wiederholten Fällen das Geld wieder zurückgegeben. Auf Grund der Beschwerden sei die Tätigkeit Vogels untersucht worden, der Innungsvorstand habe aber nichts gefunden, denn es handelte sich immer nur um Mizmatzungen, für die Beweise nicht erbracht werden konnten. Als der Prozeß Schneider entschieden war, habe die Innung sofort ein Disziplinarverfahren gegen Vogel eröffnet, das aber ein negatives Resultat gehabt habe. Die Beschwerdeführer hätten sich dann mit einer weiteren Beschwerde an die Gewerbedeputation des Magistrats gewendet, es hätten sich aber keine Momente ergeben, die zu einer Entlassung des Vogel hätten Veranlassung geben können.

Gegen den Angeklagten trat eine Reihe von Zeugen auf, die behaupteten, daß sie in den neunziger Jahren dem Angeklagten Geldzuwendungen in Höhe von 5, 10 und 20 Mark für die Vermittelung von Arbeitsgelegenheit gemacht haben. In den Gesellenkreisen, so behaupteten einige dieser Belastungszeugen, sei es seinerzeit allgemein bekannt gewesen, daß man eine Arbeitsstelle nur erhalte,

wenn man den Sprechmeister „schmiere".

Eine Zeuge behauptete, diese Schmiergelder seien von so vielen Gesellen gezahlt worden, daß sie nicht in den Gerichtssaal hineingehen würden.

Ein Entlastungszeuge bekundete, daß er in der hier in Frage stehenden Zeit versucht habe, mit Hilfe eines Douceurs von 15 Mark von Vogel Arbeit zugewiesen zu erhalten; dieser habe aber das Geld zurückgewiesen und gesagt, es sei lediglich die Einschreibegebühr von 50 Pfennig zu zahlen. Ein Zeuge behauptete, daß er dem Angeklagten im Jahre 1896 mehrere Male solche Gelder bezahlt habe. Er habe dem Sprechmeister, der da durchblicken ließ, daß er gern in den Zirkus ginge, auch einmal zwei Zirkusbillets für ihn und seine Ehefrau geschenkt.

Der Angeklagte bestritt alle diese Behauptungen. Ein Zeuge behauptete, er habe dem Angeklagten einmal im Jahre 1907 10 Mark und im Jahre 1900 einmal 15 Mark gezahlt. Diese Zeuge hat, wie er auf Befragen angab, seine Mitteilung über dieser Zuwendungen gemacht, als der Verband, um die Kommissionäre zu beseitigen, Fragebogen herumgeschickt hatte, auf denen etwaige Zuwendungen an die Kommissionäre und die Sprechmeister angegeben werden sollten.

Es wurden noch mehrere Zeugen vernommen, die behaupteten, daß sie dem Angeklagten Geld gegeben hätten.

Da es sich um Vorgänge handelt, die zehn bis fünfzehn Jahre zurückliegen, so ergeben sich in den meisten Fällen bei den Zeugen verschiedene Widersprüche in ihren Aussagen. An der Aufklärung dieser Widersprüche und der Feststellung der Tatsachen wirkten die Geschworenen durch zahlreiche Fragen mit. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Militärgerichtliches.

Die Landesverratsaffäre Schwara und Genossen,

über die wir wiederholt berichteten, beschäftigte gestern auch die Berliner Militärgerichte. Wie bekannt, ist Schwara vor kurzem vor dem Reichsgericht wegen Hochverrates zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Im Laufe der Untersuchung wurden viele Militärpersonen in Köln verhaftet, die mit der Angelegenheit in Verbindung standen. Es kam auch zur Erhebung der Anklage, und Anfang Juni d. J. fand vor dem Kriegsgericht in Köln die Hauptverhandlung statt. Nach dreitägiger Sitzung wurde das Urteil gegen sechs Angeklagte gefällt. Es lautete gegen den zweiten Hauptbeteiligten, den Sergeanten Alicke auf acht Jahre Zuchthaus. Alicke hat nun beim Oberkriegsgericht des Gardekorps gegen das Urteil Berufung eingelegt. Zu der gestrigen Verhandlung ist auch Schwara aus dem Zuchthaus vorgeführt worden. Der Vorsitzende, Oberstleutnant Freiherr v. Syessarth eröffnete gegen 9 Uhr die Sitzung. Als Verhandlungsleiter fungierte Oberkriegsgerichtsrat Dr. Beyer, während die Anklage durch Kriegsgerichtsrat Schöneberg vertreten ward. Die Verteidigung des Angeklagten lag in den Händen des Rechtsanwalts Ulrich. Der Vorsitzende wies den Angeklagten darauf hin, daß er auf Grund der Bestimmung des § 125 der Militärstrafgerichtsordnung dazu berechtigt sei, Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abzulehnen. Unter den 21 Zeugen befinden sich mehrere Wachtmeister und Sergeanten von der Artillerie und drei junge Mädchen. Eine Reihe militärischer Sachverständiger, unter ihnen Oberst Kühne und Major v. Fürstberg, waren anwesend. Nach Verlesung der Anklage wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Das Oberkriegsgericht ermäßigte das Strafmaß von acht Jahren auf sechs Jahre Zuchthaus. Ein Jahr der erlittenen Untersuchungshaft wurde als verbüßt angerechnet. Neben der Zuchthausstrafe wurde auf Ausstoßung aus dem Heere und auf die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren erkannt. Die Urteilsbegründung erfolgte ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Lokales.

Winterstare.

Trotzdem der Winter bereits angerückt ist, sind Stare noch im Lande, womit sie beweisen, daß sie nicht so hochgradige Weichlinge sind, wie es oft angenommen wird. Natürlich beschränkt sich ihre Anwesenheit auf solche Stätten, wo sie noch Nahrung, Deckung und Wasser finden, und zwar nicht nur als Trunk, sondern auch als Badewasser; denn die Stare sind Wasserfreunde, die gern pauschen und plauschen. Auf den Rieselfeldern um Berlin ist ihnen der Tischimmer besonders reichgedeckt, sodaß man sie dort noch scharenweise antrifft. Durch das Fortziehen vieler Vögel sind die Stare mit den zurückgebliebenen Drosseln und mit den Haustauben in höherem Maße wie seither Beuteobjekte der Wanderfalken geworden, die ihnen das Leben schwer machen und manchen Starmatz schlagen. Zur Schar vereint spotten sie zwar des Raubvogels, umfliegen ihn neckend und bringen ihn schließlich zu Boden, aber vereinzelt unterliegen sie. Sie wissen das und halten deshalb treu zusammen.

Der Geselligkeitstrieb ist übrigens bei ihnen schon von Natur so groß, daß sie ihn selbst während der Brutzeit nicht unterdrücken können und ihre Nester gern nahe bei einander bauen. Im Tiergarten sieht man Stare häufig zwischen